

BIB 1; 7M  
03. Atom und Gorleben

NOV. 1978  
Gorleben Archiv e.  
Rosenstr. 17 · 29439 Lüch  
Telefon: 05831/9715845  
07 1 1



# Gorleben informiert Extra

## Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Am 22. Februar 1977 wurde Gorleben im Landkreis Lüchow-Dannenberg als Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und Atommülldeponie benannt.

Die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe aus Atomkraftwerken (nämlich die Extraktion von Uran und Plutonium) und die Endlagerung radioaktiven Mülls im Salzstock unter Gorleben bilden das Kernstück des sogenannten Brennstoffkreislaufs. Sie sind entscheidende Voraussetzung für den Betrieb und weiteren Bau von Atomkraftwerken und deshalb für die Umweltschutzbewegung auch ein zentraler Punkt bei der Bekämpfung des Atomprogramms der Bundesregierung.

### DIE BESONDEREN GEFAHREN DER WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE

Der Betrieb einer WAA potenziert die möglichen Schädigungen von Mensch und Umwelt durch radioaktive Emissionen:

- Schon bei Normalbetrieb gibt die WAA ein Vielfaches der Radioaktivität eines Atomkraftwerkes ab.
- Nirgendwo in der Welt funktioniert die großtechnische Wiederaufbereitung hochradioaktiver Brennstäbe aus Leichtwasserreaktoren ( In Cap de la Hague, Frankreich, konnten im letzten Jahr unter großen Schwierigkeiten ganze 34 t aufbereitet werden - Gorleben ist für einen Jahresdurchsatz von 1400 t geplant).
- Niemand weiß sicher, wie sich hochradioaktiver Atommüll Jahrzehnte, Jahrhunderte, Jahrtausende in Salzstöcken verhalten wird.
- Viele noch ungelöste Probleme (z.B. die Rückhaltung radioaktiver Isotope von Jod und Krypton) der Wiederaufbereitung sollen "projektbegleitend" gelöst werden. So kann man es im Bericht der Betreiberfirma DWK (1) und in einer Stellungnahme der Strahlenschutzkommission (2) nachlesen. Die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-

Dannenberg und der DDR sollen also die Versuchskaninchen der Atomindustrie werden.

- Mit diesem Projekt (allein die Anlage soll eine Fläche von 12 qkm haben) würde eines der wenigen ökologisch und landwirtschaftlich noch intakten Gebiete zerstört werden.
- Das für die Anlage in Gorleben geplante PUREX-Verfahren zur Wiederaufbereitung wurde ursprünglich von den Militärs in den USA entwickelt, um Plutonium für Atombomben zu gewinnen. Die Gefahr des Mißbrauchs für militärische Zwecke scheint uns auch in Gorleben nicht ausgeschlossen zu sein.

### GRÜNDE FÜR DIE STANDORTWAHL

Für die Wahl von Gorleben als Standort für die geplante WAA und die Endlagerung war sicher nicht die Qualität des sich dort befindenden Salzstocks ausschlaggebend. Das ist auch einer Erklärung von Dr. Salander (Vorstandsmitglied der DWK) zu entnehmen:

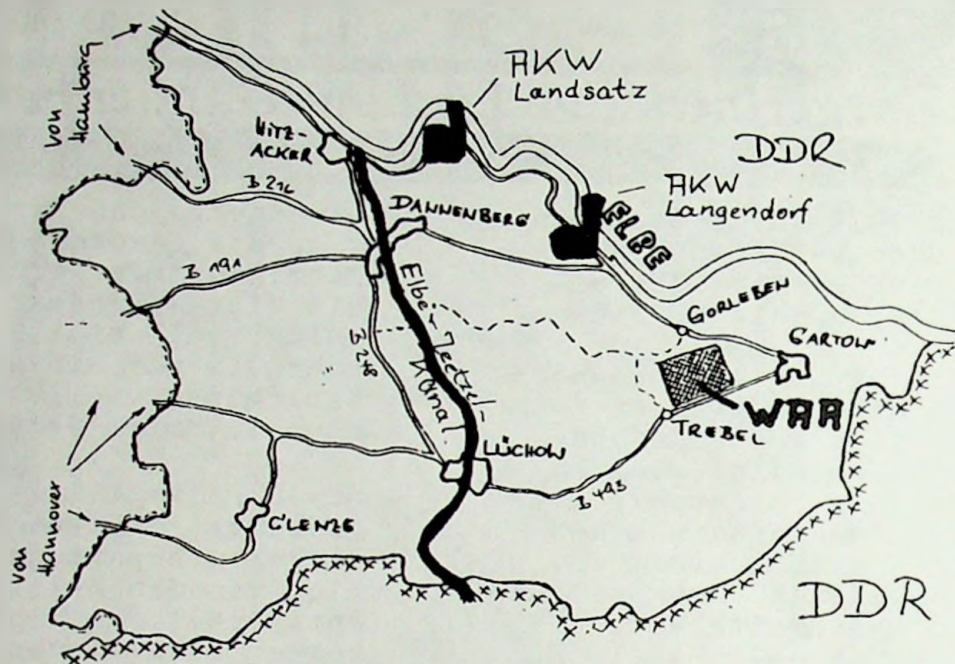
"Die Atomanlage in Gorleben wird gebaut, ohne Rücksicht auf den Ausgang der demnächst anlaufenden Probebohrungen. Der Bau der WAA ist unabhängig von der Beschaffenheit der Salzstöcke." (Elbe-Jeetzelt-Zeitung v. 26.4.1978)

Ausschlaggebend für die Wahl von Gorleben sind u.E. folgende Punkte gewesen:

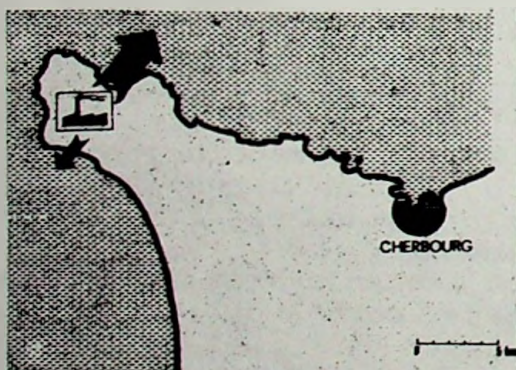
- Die geringe Bevölkerungsdichte im Landkreis Lüchow-Dannenberg (40 Einwohner pro qkm gegenüber 249 in der Bundesrepublik).
- Die Hauptwindrichtung zeigt in die DDR, die Hauptleidtragenden werden demnach die dort lebenden Bürger sein.
- Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist bei Demonstrationen, aber auch im Katastrophenfall leicht absperrbar.
- Die Betreiber erwarten wohl weniger entschiedenen Protest der ortsansässigen Bevölkerung als in anderen Gebieten.



Die folgende Skizze veranschaulicht die geographische Lage der WAA und der Atommülldeponie. Die Absperrmöglichkeiten ergeben sich entlang des Elbe-Jeetzel-Kanals. Weitere Standorte für Atomkraftwerke sind Langendorf und Landsatz, so daß ähnlich wie in Cap de la Hague mit einem Atomzentrum zu rechnen ist:

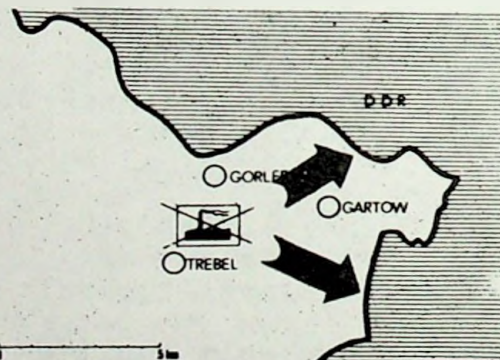


Ein Vergleich der Lage der französischen WAA in Cap de la Hague mit dem Standort Gorleben zeigt noch weitere verblüffende Parallelen:



Randlage La Hague:

Starke Winde und Strömungen verteilen die Radioaktivität im Meer



Randlage Gorleben:

Soll hier die DDR den Atlantik ersetzen?

DER WIDERSTAND GEGEN DIE WAA REGT SICH AUCH IM LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG

Gleich nach Bekanntgabe des favorisierten Standorts Gorleben gab es spontanen Protest:

- Das Landvolk (Bauernverband) organisierte als Antwort auf die Entscheidung der Landesregierung noch in der gleichen Woche eine Treckerdemonstration.

- Naturschutzverbände und Teile der Ärzteschaft artikulierten ihre Bedenken.
- Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg wurde gegründet.
- Schon am 12. März 1977 fand eine Großdemonstration auf dem Gelände der geplanten WAA im abgebrannten Wald bei Trebel/Gorleben statt.



Die Rechnung der Landesregierung, in Lüchow-Dannenberg sei kein Widerstand gegen die WAA zu erwarten, war nicht aufgegangen. Das zeigte sich auch am Ergebnis der niedersächsischen Landtagswahlen im Juni dieses Jahres. Bedenkt man, daß das Wahlverhalten nicht allein von der Frage der Ablehnung oder Befürwortung von Atomanlagen abhängt, so kann man verstehen, daß der Wahlausgang ein Schock für die etablierten Parteien bedeutete. Die Grüne Liste Umweltschutz erhielt ca 17% der Stimmen, in der Nähe des Standorts (Höhbeck) wurde sie mit über 35% sogar stärkste Partei.

Wir haben unserem Protest gegen die geplante WAA aber auch einen positiven Ausdruck verliehen. Auf dem Gelände im abgebrannten Wald bei Trebel, das wir vom Grafen v. Bernstorff (dem über 50% des Geländes der geplanten WAA gehören) gepachtet haben, entstand ein Kinderspielplatz, Brunnen wurden gebohrt und ein Pflanzaktion wurde begonnen unter dem Motto "Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung".

HAT DER BAU DER ATOMANLAGE SCHON BEGONNEN?

Die niedersächsische Landesregierung behauptet immer wieder, daß die endgültige Entscheidung über den Bau einer WAA noch nicht gefallen sei. Erst müsse das Ergebnis der Tiefbohrungen (die zugleich Schachtbohrungen sein werden) abgewartet werden - diese sind im Sommer 1979 zu erwarten.

Angesichts der Aktivitäten der Betreiberfirma DWK und der Landesregierung können wir dieser Behauptung keinen Glauben schenken:

- Durch überhöhte Preisangebote und unter Hinweis auf eine mögliche Enteignung brachte die DWK Grundstückseigentümer in erhebliche Gewissenskonflikte und erwarb schließlich für 25 Millionen DM rund 40 % der 12 qkm großen Industrieanlage.
- Die DWK ließ Mitglieder und Freunde der Bürgerinitiative durch das private Wachkommando Nord aus Stade bespitzeln.
- Das ehemalige Amtsgericht in Lüchow wurde als (noch ungenutzte) Einsatzzentrale der Polizei umgerüstet.
- Für den Bau von Polizeikasernen fordert die niedersächsische Landesregierung vom Bund 14 Mill. DM.

Wieder einmal wollen die Betreiber vollendete Tatsachen schaffen, bevor die Bevölkerung ihrem Protest entschiedeneren Ausdruck verleiht. Den nächsten Schritt der DWK, die Flachbohrungen zur Erkundung des Baugrundes, sehen wir ähnlich wie bisher erfolgte Schritte der Betreiber als "schleichenden Baubeginn" der WAA.

Da wir nicht untätig zusehen können, wie stillschweigend am Fundament zur Durchsetzung des Atomprogramms gearbeitet wird, wurde von unserer Bürgerinitiative folgende Erklärung herausgegeben:

## WIR ERKLÄREN

Da die besondere Gefährlichkeit der Plutoniumfabrik vor keinen regionalen oder nationalen Grenzen halt macht, und da sie ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Atomstaat ist, erklären wir:

**Jeder hat das Recht, seine Betroffenheit ausdrücken zu können, und jeder sollte sich gegen die Anlage wehren!**

Dieses Recht führt nur dann zu einer sinnvollen Zusammenarbeit, wenn es die Ortsansässigen nicht übergeht;

denn sie müssen mit dem Widerstand leben, wogegen andere nach Aktionen nach Hause fahren können, und von ihnen hängt deshalb der langfristige Erfolg entscheidend ab.

Um diese Zusammenarbeit zu ermöglichen bilden folgende Grundsätze den gemeinsamen Widerstandsrahmen:

wir müssen unsere Aktionen von klein auf entfalten, sie müssen **direkten Verhinderungscharakter** annehmen, sie müssen **gewaltfrei** sein, **dezentral** und **umfassend organisiert** werden und **dauerhaft** aufrechtzuerhalten sein.

## WIR BRAUCHEN IHRE UNTERSTÜTZUNG

Die steigenden Teilnehmerzahlen an den bundesweiten Aktionstagen mit der Devise "Gorleben ist überall", der überwältigende Erfolg einer Spendenaktion, die Gestaltung des Kinderspielplatzes und die Wiederaufforstung des Pachtgeländes der Bürgerinitiative durch auswärtige Umweltschützer haben uns Mut gemacht - auch Sie können auf diese oder ähnliche Weise einen Beitrag zur Verhinderung des Atomprogramms leisten.

### ANMERKUNGEN UND LITERATURHINWEISE

- (1) DWK - Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen - eine Gesellschaft von 12 westdeutschen Elektrizitätsunternehmen, u.a. der NWK, RWE und HEW.  
Für die Endlagerung ist die Bundesregierung verantwortlich, die Physikalisch-technische Bundesanstalt aus Braunschweig (PTB) wird die Bohrungen vornehmen, eine Gesellschaft soll noch gegründet werden.
- (2) Grundsätzliche sicherheitstechnische Realisierbarkeit des Entsorgungszentrums. Beurteilung und Empfehlung der Reaktorsicherheitskommission (RSK) und der Strahlenschutzkommission (SSK) vom 20.10.1977.
- (3) Bericht über das in der Bundesrepublik geplante Entsorgungszentrum für ausgediente Brennelemente aus Kernkraftwerken. Neuauflage zu bestellen bei der DWK, Bünteweg 2, 2000 Hannover 71.
- (4) Atommüll oder Der Abschied von einem teuren Traum. Rowohlt aktuell 4117.
- (5) WiederaufbereitungsgeTÜVtel. Einwände des TÜV Baden e.V. Zum RSK/SSK Bericht. Kritische Bestandsaufnahme zum Problem WAA und Endlagerung in den USA, Großbritannien und Frankreich. Hrsg von der BUU Hamburg, dem BBU (Bundesverband) und der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

### IMPRESSUM

v.i.S.d.P. Mitglieder der Bürgerinitiative Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg  
Kontakt: Wolfgang Ehmke Otzenstr.25, 2000 Hamburg 50  
Tel. 439 84 75                      Auflage: 1000                      Erscheint am 15.11.78